

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 270.- M., bei Selbstabholung 233.- M. — Preis der Einzelnummer 12.- M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598 Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13893. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24598

Inseratenpreise: Die 10zeilige Kolonellselbe oder deren Raum 30.- M., bei Platzvorkauf 40.- M.; Familiennachrichten, die 10zeilige Zeile 18.- M., Reklame-Kolonellselbe 14.- M. Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721 Schluß der Inseraten-Nachnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Reparationskommission in Berlin.

Ansprachen Dr. Wirths und Barthous.

SPD. Amtlich wird uns mitgeteilt:

Die Reparationskommission, die am Montag in Berlin angekommen ist, wurde Dienstag, mittags 12 Uhr, vom Reichskanzler in Gegenwart der an den kommenden Verhandlungen beteiligten Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler begrüßte die Reparationskommission und insbesondere den neuernannten Vorsitzenden Herrn Louis Barthou, dem es vergönnt sein möge, sein Amt mit Erfolg für die in der Reparationskommission vertretenen Völker und für Deutschland zu führen und die Voraussetzungen zu schaffen, die für jede künftige ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit der europäischen Völker und damit auch der Nationen der Welt notwendig sind. Er begrüßte die Initiative, Gläubiger und Schuldner zusammenzuführen, um einen Ausweg zu finden. Er und seine Mitarbeiter stellten sich mit voller Offenheit und Aufrichtigkeit der Aussprache zur Verfügung. Der Reichskanzler wies sodann auf die Veränderungen hin, die in der Lage Deutschlands seit dem letzten Besuch des Garantiekomitees im Juli eingetreten sind und belegte diese Veränderung mit den vergleichenden Daten der deutschen Währung und der deutschen Großhandelspreise. Das deutsche Volk, dem es an den notwendigsten Nahrungsmitteln und an Rohstoffen fehlt, steht vor einem fürchterlichen Winter des Hungers und der Kälte. Die bisherigen Versuche, aus der kranken deutschen Wirtschaft mögliche große Leistungen herauszuholen, hätten weder Gläubiger noch Schuldner befriedigt. Der richtige Weg sei, erst die kranke Wirtschaft zu heilen; nur dann bestünde Aussicht, Leistungen aufzubringen; deshalb sei die Stabilisierung der Währung das Kernproblem der Aufgabe. Die Stabilisierung der Währung werde von selbst das Gleichgewicht in den deutschen Staatsfinanzen herbeiführen. Er begrüßte die Mitteilung der Reparationskommission, daß Gegenstand der Berliner Verhandlungen die Stabilisierung der Mark und der Ausgleich des Budgets sein soll. Die Hauptaufgabe sei, schnell zu praktischen Vorschlägen zu kommen und sie mit raschem Entschluß durchzuführen. Nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder herstellen.

Auf diese Ansprache des Reichskanzlers legte der Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Barthou, die Gründe dar, die die Replo veranlaßt hätten, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Kanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Die Reparationskommission schätze beide um so höher, als sie von der durch ihre amtliche Stellung am meisten qualifizierten Persönlichkeit herrührten. Was das Zeugnis anlangte, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands ablegte, so nehme es die Reparationskommission zur Kenntnis, ohne es für den Augenblick zu erörtern: Es werde das erste Blatt des Altentstades sein, das sie zusammenstellen werde. Was das Programm anlangte, so habe der Reichskanzler eher Fragen aufgeworfen, als Lösungen gewiesen. Diese Fragen seien indessen durchaus diejenigen, die in das Arbeitsgebiet der Reparationskommission fielen. Die Stabilisierung der Mark sei die erste Frage, deren Verbindung mit dem Gleichgewicht des Budgets niemand bestreite. Die Reparationskommission wolle dem Kanzler für sein Versprechen, an den Verhandlungen mit völliger Offenheit und Ehrlichkeit mitzuarbeiten. Es handle sich darum, möglichst schnell das Ziel zu erreichen, das gemeinsam ins Auge gefaßt worden sei. Die Reparationskommission hoffe in allen Dienststellen, die an den Verhandlungen teilnehmen werden, jenen guten Willen anzutreffen, von dem der Kanzler gesprochen habe. Die Reparationskommission sei hergekommen, um einen kranken Körper zu behandeln, um den Ausdruck des Kanzlers zu gebrauchen; es sei daher notwendig, daß sie die ganze Ausdehnung und alle Ursachen der Krankheit kennen lerne. Der Augenblick sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. Von diesem Nachmittag ab heiße daher die Parole: Arbeiten wir! Es wurde hierauf beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen. Die erste Sitzung der Reparationskommission mit den beteiligten deutschen Ressorts hat am Dienstag nachmittags im Reichsfinanzministerium stattgefunden.

Die Nachmittagsitzung.

Berlin, 1. November. (Berliner Tageblatt.) Die gestrige Sitzung der deutschen Ressorts mit der Reparationskommission war fast vollständig ausgefüllt mit eingehenden Darlegungen von Dr. Herms und Dr. Schroeder über die Lage des deutschen Budgets. Die Delegierten der Reparationskommission stellten hier und da Zwischenfragen. Die Beratungen werden Mittwoch, nachmittags um 4 Uhr fortgesetzt werden. — Die Delegierten der Reparationskommission traten am Dienstagnachmittag zu einer internen Beratung zusammen, in deren Verlauf das Projekt DeLacroix besprochen wurde.

Die Sitzung des Fraktionsvorstandes.

Gegen jede Anlastung des Wochentages.

SPD. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montagvormittag zu einer Sitzung zusammen. Er nahm zunächst den Bericht der Unterhändler über die bisherigen Verhandlungen in der Reichskanzlei wegen der sozialdemokratischen Forderungen zur Marktstabilisierung entgegen. Das Verhalten unserer Unterhändler wurde einstimmig gebilligt; insbesondere fand das Vorgehen des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt in seinem Kampfe um die Erhaltung der Mark einstimmige Zustimmung.

In Anbetracht der bevorstehenden Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission, die zwar zu raschen sachlichen Entschlüssen drängen, aber noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werden, wurde davon Abstand genommen, die Reichstagsfraktion noch in dieser Woche zusammenzubekommen. Um

aber andererseits eine Stellungnahme der Reichstagsfraktion zur politischen Gesamtlage vor dem Beginn der Reichstagsverhandlungen herbeizuführen und zu den Verhandlungen mit der Reparationskommission Stellung zu nehmen, wurde die Einberufung der Reichstagsfraktion zu Dienstagvormittag beschlossen. Ein früherer Termin erschien in Anbetracht der Tätigkeit fast aller Fraktionsmitglieder bei den künftigen Landtagswahlen unzulässig.

In sachlicher Beziehung bestand volle Einmütigkeit darüber, daß die Partei auf ihren Vorschlägen zur Währungs- und Wirtschaftspolitik unbedingte bestehen muß, besonders da sie die einzigen positiven Vorschläge sind, die zur Wirtschaftsgesundung gemacht worden sind. Auch bestand volle Übereinstimmung darin, daß die Sozialdemokratie eine Anlastung des Wochentages, wie sie jetzt von einflussreichen Kapitalistengruppen und auch von vielen bürgerlichen Politikern im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes beabsichtigt ist, auf keinen Fall zulassen wird. Die auch von der Sozialdemokratie als dringend notwendig anerkannte Produktionsförderung darf nicht auf Kosten der Arbeiter herbeigeführt werden. Die wirksamste Voraussetzung für die Produktionssteigerung ist die Stabilisierung der Mark. Eine Regelung, die sich trotz der dringenden Vorstellungen der Sozialdemokratie nicht zu positiven Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark bereitfindet, dafür aber den Wochentag beiseite wolle, könnte keine Unterstützung durch die sozialdemokratische Partei, sondern nur eine entsetzliche Bekämpfung erfahren.

Der Fraktionsvorstand beschäftigte sich ferner, veranlaßt durch eine Aeußerung des Abgeordneten Dr. Heim auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei, mit der durch den Rücktritt Bechensfelds geschaffenen Zuspitzung der gesamtpolitischen Verhältnisse und richtete den dringenden Appell an die bayerischen Arbeiter, den gegenrevolutionären bayerischen Bestrebungen gegenüber auf der Hut zu sein.

Zwecks Stellungnahme zu den dringenden schwebenden Steuerfragen wurde die Einberufung einer Konferenz mit Vertretern der Fraktionen der einzelnen Länder für den 22. November in Aussicht genommen.

Schweres Grubenunglück in Westfalen.

Bochum, 30. Oktober. (SPD.) Montag morgen gegen 6½ Uhr hat sich auf der Zeche Bruchstraße eine Kohlenstaubexplosion über Tage ereignet, bei der nach den bisher vorliegenden Nachrichten fünf Menschen getötet und 21 schwer oder milder schwer verletzt wurden. Die Explosion ist wahrscheinlich von dem unter einer Kohlenwippe lagernden Kohlenstaub ausgegangen, die außer Betrieb war. Die Ursache der Explosion dürfte auf Kurzschluß zurückzuführen sein, da in der Nähe der Kohlenwippe ein Elektromonteur mit Reparaturarbeiten beschäftigt war. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet. — Soweit bekannt, handelt es sich um die erste Kohlenstaubexplosion über Tage.

Langendreer, 1. November. Die Zahl der Opfer der Explosion auf der Zeche Bruchstraße ist auf sechs Tote und 24 Verletzte gestiegen.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 4560 M.

Wer hilft euch?

Die Not steigt. Das Elend wächst. Und immer ungenierter unterstützen die bürgerlichen Parteien die Wucherer und Schieber und treten eure Interessen mit Füßen. Unter dem verlogenen Geschrei: „Weg mit dem Klassenregiment!“ kämpfen sie für eine reaktionäre bürgerliche Regierung, die mit brutaler Gewalt die hungernde Masse niederzwingt und sie schutzlos und rechtlos macht.

Männer und Frauen des Volkes!

Helfen kann euch nur die V. S. P. D.

Sie ist der stärkste Wall gegen die hereinbrechende Reaktion. Ihre Machtposition zu stärken liegt im Interesse aller Männer und Frauen der schaffenden Stände. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausfrauen! Keiner von euch darf am 5. November der Wahl fernbleiben. Es gilt eure Befreiung. Deshalb muß die Parole sein:

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Wir wählen nur V. S. P. D., Liste

Lipinski-Hagen-Frau Schilling!

Großhandels-Index 781.15.

Preissteigerung um 38 Prozent in einer Woche.

Eine neue Lawine steigender Preise wälzt sich über die deutschen Konsumenten hin. Angesichts des katastrophalen Zusammenbruchs unserer Mark war das unschwer zu erwarten. Die Entwicklung der letzten Oktoberwoche aber stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Die Industrie- und Handelszeitung, ein Organ, das von Sinnes fundiert wird, ist angesichts der dauernden Veränderung der Preise dazu übergegangen, nicht mehr wie das Reich und die übrigen Indexstellen die Entwicklung der Preise nur a l l m o n a t l i c h zu berechnen, sondern eine allwöchentliche Berechnung vorzunehmen. Da es ein ausgesprochenes Organ 'Sinnes' ist, sind an der Richtigkeit dieser Zahlen keinerlei Zweifel möglich. Nach der 3. und 5. stellte sich der Großhandelsindex in der dritten Oktoberwoche auf 506,22, er schnellte in der vierten Woche des Oktobers auf 781,15 hinauf, was eine Steigerung im Verlaufe von sieben Tagen um 38 Prozent bedeutet. Mit anderen Worten, die Großhandelspreise haben sich im Verlaufe einer Woche beinahe verdoppelt, die Hausfrauen mögen daher nicht verwundert sein, wenn bei der schnellen Anpassungsfähigkeit, die sich seit Monaten auf diesem Gebiete entwickelt hat, die Margarine von 720 auf etwa 1000 Mark in den nächsten Tagen steigen wird.

Die Verelendung der breiten Massen des Volkes wächst damit ins Ungemessene. Wenn die Arbeiterschaft mit ihren Löhnen diesem letzten Steigen der Preise auch nur einigermaßen folgen wollte, dann müßten von der zweiten bis zur dritten Woche im Oktober die Arbeitslöhne um etwa 50 Prozent gesteigert werden. Dabei ist zu beobachten, daß der Gesamtindex von 781,15 noch bei weitem nicht dem eigentlichen Entwertungsfaktor der Mark entspricht, der in der gleichen Indexwoche 1033,03 betrug. In der Vorwoche, die einen Index von 506,22 zeigte, betrug die Spannung zwischen Entwertungsfaktor der Mark und Gesamtindex rund 53, d. h. die Großhandelspreise waren der entwerteten Mark in nur kleinem Abstände gefolgt. In der letzten Oktoberwoche aber zeigt sich eine Differenz von etwa 252, so daß mit einem nochmaligen starken Anziehen der Preise in dieser Woche gerechnet werden muß und die Löhne hinten in immer weiterem Abstand hinterher.

Bei alledem sind die Indexziffern für Fleisch, Fisch, Fette usw. vorerst noch sehr minimal gestiegen. Sie stiegen von 367,23 auf 490,05 empor. Dagegen wuchsen Textilien, Häute usw. von 770,04 auf 1123,69. Das ist eine Steigerung von 44,2 Prozent in sieben Tagen. Sie erklärt sich daraus, daß die Preise für Baumwolle, die in der dritten Oktoberwoche das 132fache der Vorkriegszeit betrug, in der letzten Woche des Oktobers auf das 1989fache stiegen. Das ist ein Anwachsen von 55,7 Prozent, während der Dollar nur eine Steigerung von 33,6 zu verzeichnen hatte. Auch das Getreide schnellte in weitaus härterem Maße empor, als die Indexziffer für alle erfaßten 44 Waren. Die vergangene Woche hat den bisher höchsten Preisstand auf dem Getreidemarkte gebracht. Weizen schnellte zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Preise auf über 200 000 Mark pro Tonne hinauf. Er hat im Durchschnitt das 941fache des Friedenspreises erreicht, und ist damit den Weltmarktpreisen wieder außerordentlich nahe gerückt. Roggen liegt um 44,7 Prozent auf das 1090fache der Friedenspreise. Er hat also den Weltmarktpreis bereits überschritten, ebenso die Gerste. Weizenstiefeln stieg der Preis für Zink auf das 1860fache, d. h. um 55,2 Prozent, Blei auf das 1441fache oder 51,8 Prozent.

Die Agrarier und viele der industriellen Großunternehmer haben verstanden, ihre Preise der außerordentlich schnellen Entwertung unserer Mark anzupassen. Sie haben faktisch die Parität des Goldes erreicht. Damit ist der Spannungszustand zwischen den Preisen und den Löhnen ins Ungemessene gestiegen. Das bedeutet, daß die Unternehmer dem Arbeiter in Form von Papiermarklöhnen einen immer kleiner werdenden Teil des Gesamtertrages seiner Arbeitskraft zur Auszahlung bringen.

Was nützen angesichts einer solchen Entwicklung alle die Kämpfe der Gewerkschaften um Erhöhung der Arbeitslöhne. Sie sind um das Vielfache überholt bereits in den Stunden, in denen die Lohn-erhöhungen zur Auszahlung kommen. Wenn je das Wort von der Sozialpartei in den Gewerkschaften beredt war, dann hat das die Entwicklung der letzten Wochen zur Evidenz bewiesen. Es zeigt aber gleichzeitig, wie notwendig es ist, alle Kräfte zu konzentrieren, um einem weiteren Abfallen der Mark entgegenzuwirken, um zu einer Stabilisierung unserer Währung zu gelangen. Die Vorgänge der letzten Tage, die sich vor dem Forum der Parteiführer in Berlin ereigneten, haben indes gezeigt, daß von Seiten der bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, auf diesem Gebiete nichts zu erwarten ist, daß allein die Arbeiterschaft Träger dieser Bestrebungen bleibt, soweit nicht von der Reparationskommission erneute Diktate erfolgen. Das ist freilich nicht anders zu erwarten angesichts der Tatsache, daß mit einer jeder Entwertung der Mark und mit dem damit im Zusammenhang stehenden Sinken der Papiermarklöhne automatisch die Gewinne des Unternehmertums steigen. Der Kampf gegen die weitere Verelendung der Arbeiterklasse ist daher Klaffenkampf in höchster Potenz und die künftigen Arbeit-